

Sachbericht zum SPD-Antrag 122/2013 Vorlagennummer 50/128/2013

beteiligt: Ref. I, Ref. VI, Gewobau, 23, 24, 50, 52, 61, 63

- I. Wie im HFGA am 17. Juli bereits mündlich vorgetragen, wurde die Stadtverwaltung informiert, dass auch Erlangen wieder Flüchtlinge aufnehmen muss.

Siehe Anlage 1 und 2, Schreiben des BAMF und der Regierung von Mittelfranken.

Die Lage in der Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf hat sich dramatisch zugespitzt. Die Nürnberger und die Erlanger Nachrichten haben mehrfach, auch mit Fotografien berichtet.

Leider hat sich die Unterbringung von Flüchtlingen in einer Pension in Frauenaurach zerschlagen, da die Besitzerin das Angebot, das sie der Stadtverwaltung unterbreitet hatte, wieder zurückgezogen hat.

Das heißt, dass die Verwaltung nun wieder intensiv auf der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten ist. Am Montag, 22. Juli fand ein Gespräch dazu statt, an dem Ämter aus Ref. I, Ref. V und Ref. VI sowie die Gewobau vertreten waren.

Zu den in diesem Gespräch erörterten Möglichkeiten der kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Unterbringung erstellt Ref. VI eine eigene Vorlage.

Aus Sicht der Sozialverwaltung kommen mittel- und langfristig nur solche Standorte in Frage, an welchen die Sozialbetreuung gesichert und eine angemessene Infrastruktur (Bus, Geschäfte, Kitas etc.) zur Verfügung steht.

Die unterschiedlichen Flüchtlingsorganisationen, Kirchen, etc. haben signalisiert, weiterhin zu unterstützen. Die Verwaltung ist sich allerdings bewusst, dass die ehrenamtliche Arbeit nicht als selbstverständlich gesehen werden darf und sicherlich auch begrenzt ist.

Zu den einzelnen Fragen im Fraktionsantrag der SPD:

1. Öffentlichkeitsarbeit: zusätzlich zu dem bereits versandten Schreiben an die Ortsbeiräte wird die Verwaltung Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Kammern, und weitere Verbände mit ähnlichen Schreiben informieren, auch wenn aus diesen Kreisen schon viel Unterstützung kommt. Zusätzlich wird eine Pressekonferenz organisiert. Auch bisher hat die Verwaltung die Presse intensiv einbezogen, die EN haben vielfach berichtet.
2. Bereits seit Herbst 2012 existiert ein breites Bündnis, aus welchem heraus viel Arbeit in den Köpfen und natürlich handfeste Unterstützung kommt. Die Angebote reichen von Begleitung zu Behördengängen und Arztbesuchen über Deutschkurse, Beratung über Kinderbetreuungsangebote bis hin zu sportlichen Angeboten oder Gartenarbeiten. Das wichtigste ist wohl, dass die Flüchtlinge sich von den ehrenamtlichen Betreuern angenommen, respektiert und gut betreut fühlen. Die ehrenamtlichen Helfer finden auch den Weg ins Rathaus, um besondere Hilfen zu beantragen, falls das notwendig erscheint.

Die noch nicht vertretenen Organisationen wie beispielsweise Ortsbeiräte werden gerne dazu eingeladen. Vor Bezug der Wohncontainer in der Michael-Vogel-Strasse fand vor Ort eine Sozialkonferenz statt.

3. Auch eine referatsübergreifende „Taskforce“ wurde bereits im letzten Herbst gegründet. Neben Sozialreferat und Baureferat sind z.B. Jugendreferat, Schulreferat vertreten. Diese Gruppe hatte für Montag, 22. Juli eine Sitzung angesetzt, um nach Standorten zu suchen. Wie oben erwähnt wird Ref. VI das Ergebnis in einer eigenen Vorlage zusammenfassen. Selbstverständlich ist auch die AWO-Flüchtlingsberatung in dieser Gruppe vertreten. Auch bei der Bürgerinformationsveranstaltung für die Anwohner der Pommernstrasse im Herbst vergangenen Jahres war die Verwaltung mit Ämtern aus mehreren Referaten vertreten.
4. Die GewoBau wurde (nicht erst jetzt) in die Gespräche einbezogen und wird einige Vorschläge prüfen.

Zentrale Aufgabe bleibt die Öffentlichkeitsarbeit, um mögliche Standorte für die Anwohner und Stadtteilgremien bekannt zu machen und Verständnis für die oft traumatisierten Asylsuchenden zu wecken. Noch schöner und besser wäre es, wenn sich, wie in der Michael-Vogel-Strasse von selber Helfer melden. Leider sind die Erfahrungen der Stadtverwaltung mit den letzten drei angedachten Standorten so, dass zwar alle das Grundrecht auf Asyl achten, die Asylsuchenden aber lieber nicht im eigenen Stadtteil untergebracht sehen.

Die Erfahrung zeigt aber auch, dass die Flüchtlinge nicht nur akzeptiert werden, sondern oft herzlich aufgenommen werden, sobald ein Kennenlernen erfolgt. Wie schon bei den Flüchtlingen in der Michael-Vogel-Strasse ist die Verwaltung gerne bereit, mit Kaffee oder Tee-Einladungen das Eis zu brechen.

— Insgesamt muss aber deutlich festgestellt werden, dass es für niemanden inakzeptabel ist, Asylsuchende als Nachbar zu haben. Asylsuchende sind keine „Aliens“ sondern ein Querschnitt der Bevölkerung: z.B. Akademiker, Handwerker, Pädagogen und auch Menschen ohne Ausbildung. Gesunde und Kranke, Alte und Junge. Der Verwaltung ist bewusst, dass nicht alle Asylsuchenden in Erlangen werden bleiben können: Ziel der Verwaltung ist allerdings, dass die Flüchtlinge an Erlangen zurückdenken als eine Stadt, in der sie immer mit Respekt behandelt wurden.

- II. Die Briefe des BAMF und der Regierung von Mittelfranken dienen zur Kenntnis. Der Sachbericht und die Antworten auf die im Antrag 122/2013 gestellten Fragen werden zur Kenntnis genommen.
- III. Ref. V zum Vorgang.

Anlagen:

Brief Regierung von Mittelfranken, Ansbach

Brief Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg

Referat V:
gez. Preuß